

in ihrer Arbeitszeit ermorden ließ, pflegte er beste Kontakte zur US-amerikanischen Regierung und der katholischen Kirche.

Im Land gab es mutigen Widerstand gegen dieses Unrechtsregime. In den 1940ern konnten die Mirabal-Schwwestern sich mittels ausländischer Radiosender über die ökonomische und politische Lage ihres Landes bilden. Bald wurden sie in der revolutionären Gruppe des 14. Juni zu den führenden Kräften im Kampf darum, Trujillo und die Diktatur zu stürzen.

Unter Trujillo waren Folter und Morde an Oppositionellen das Tagesgeschäft. So wurden auch die Schwwestern inhaftiert und gefoltert, auf öffentlichen Druck hin aber freigelassen. Wenig später schickte der Diktator seine Soldaten, das Auto der Mirabals anzuhalten. Sie wurden ermordet und ihr Auto eine Klippe heruntergestürzt – so verkaufte Trujillo viele politische

Morde als Unfälle.

Die Mirabal-Schwwestern haben vorgelebt: Es gibt keine Themen, zu denen nur Männer etwas zu sagen hätten. Jeder politische Angriff trifft die Frauen einer Gesellschaft umso mehr. Gewalt gegen Frauen hat unendlich viele Gesichter: Feminizide wie der an den Mirabal-Schwwestern, ein Pandemie-Management auf dem Rücken von Müttern, eine Wirtschaftskrise, die prekär beschäftigte Frauen umso härter trifft, absolute Entrechtung wie die Taliban sie umzusetzen versuchen, steigende Zahlen von Frauenmorden im Lockdown.

Der Ursprung des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen zeigt uns unmissverständlich: Es ging nie um die „armen Frauen, denen endlich geholfen werden muss“. Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen ist kein Tag des Mitleids. Er ist auch kein Tag warmer Worte oder symbolischer

Akte, wie die UN ihn gestaltet. Stattdessen führt er zurück auf drei tapfere Frauen, die die Kraft hatten, trotz mehrfacher Last auf ihren Schultern gegen Unrecht aufzusteigen. Den Kampf gegen ihre Unterdrückung als Frauen haben sie Hand in Hand mit dem gegen die kapitalistische Ausbeutung und die rassistische Gewalt geführt. Sie haben erkannt, dass es eine radikale Veränderung und dafür starke Organisation braucht.

Nutzen wir als Frauen diesen 25. November, um Kraft aus unserer Geschichte zu ziehen. Denn unsere Geschichte ist die heftigsten Gewalt und schonungsloser Ausbeutung. Aber es ist auch eine Geschichte von vielen ganz unterschiedlichen Frauen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, gemeinsam gegen diese Gewalt vorzugehen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOnline](https://www.facebook.com/PerspektiveOnline)
t.me/perspektiveonline
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

Vi.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 01511 6991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Foto 1: flicker mkorsakov (<https://www.flickr.com/photos/mkorsakov/4610470089/>), „Gleiche Phrase - unterschiedliche Bedeutung“, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>
Foto 2: Proteste im Hambacher Forst, eigenes Foto
Foto 3: twitter @luchadorasMS

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 56 | November 2021

www.perspektive-online.net

So dreist werden die Wahlversprechen gebrochen

- Von Tim Losowski -

Was interessiert mich mein „Geschwätz von gestern?“ – das soll einmal der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer gesagt haben. Damit bringt er das Verhalten von kapitalistischen Politiker:innen auf den Punkt.

Während uns im Wahlkampf das Blaue vom Himmel versprochen wird, sieht es dann bei den Taten der Parteien in der Regierung oftmals ganz anders aus: Die Wahlversprechen sind für die

Parteien weder rechtlich noch moralisch bindend und werden daher schonungslos gebrochen. Das ist bereits hundertfach in der deutschen Geschichte geschehen. Hier nur einige besonders dreiste Beispiele:

1957 versprach der benannte Konrad Adenauer eine dynamische Leistungsrente. Das hätte das Einkommen von Senior:innen erhöht. Doch als die CDU bei der Bundestagswahl sogar die absolute Mehrheit errang wollte sie von

ihrem Versprechen nichts mehr wissen – die Rente blieb gleich niedrig.

Auch der SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt versprach im Wahlkampf 1976 den Rentner:innen eine Rentenerhöhung von zehn Prozent. Der SPD-Mann gewann die Wahl, rückte allerdings dann schnell von seiner Ankündigung ab – vorgeschoben wurde dafür die „Ölkrise“.

Bundeskanzler Helmut Kohl versprach im Februar 1983 jedem



Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. 15.000 Jugendliche schrieben dem CDU-Chef daraufhin einen Brief mit der Bitte um eine Lehrstelle. Peinlich: Kohl konnte ihnen keine liefern.

Im Jahr 1990 versprach Bundeskanzler Helmut Kohl den Ostdeutschen im Wahlkampf „blühende Landschaften“. Was ist draus geworden? Noch heute gibt es massive Lohnunterschiede: Textilarbeiter:innen verdienen im Westen 73% mehr, im Automobilbau verdient man im Westen 45 % mehr als im Osten.

Die erste Bundesregierung aus SPD und Grünen versprach 2002 keine großen Einschnitte. Was dann kam war die Agenda 2010 – der größte Sozialabbau der Nachkriegszeit. Es wurde bewusst ein Niedriglohnssektor geschaffen, Arbeitslose gegängelt und Leiharbeit eingeführt – alles Dinge von denen zuvor keine Rede war. 2005 fand es dann Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) allen ernstes „unfair“, dass die Regierung „an dem gemessen wird, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist.“

Im Jahr 2010 gingen Zehntausende auf die Straße gegen das unsinnige Milliardenprojekt rund um den Bahnhof „Stuttgart 21“. Die Grünen erklärten im Wahlprogramm in Baden-Württemberg:

„Stuttgart21 lehnen wir ab.“ Sie wurden gewählt, doch was geschah dann? Der „grüne“ Ministerpräsident Winfried Kretschmann an der Regierung führte den Bahnhofsbauprojekt einfach weiter fort – bis heute.

Wahlversprechen zu brechen ist kein Zufall, sondern hat System.

Nach der Aufdeckung der faschistischen Mörderbande NSU wurde klar wie stark der Geheimdienst „Verfassungsschutz Thüringen“ die Rechtsterroristen unterstützt hatte. Die Partei „die Linke“ forderte 2012 deshalb die „Auflösung des Verfassungsschutz“. Als dann ihr Spitzenkandidat Bodo Ramelow 2014 Ministerpräsident wurde, wurde er ganz zahm – bis heute gibt es den rechten „Verfassungsschutz“ in Thüringen.

Die Große Koalition seit 2013 aus SPD und CDU hatten ein Lobbyregister und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz beschlossen. Umgesetzt wurde davon auch nach 8 Jahren nichts.

Die nächsten Brüche von Wahlversprechen kündigen sich schon bei der neuen Regierung an: die Besteuerung von Superreichen,

was SPD und Grüne versprochen haben, ist bereits vom Tisch. Robert Habeck von den Grünen hatte zudem noch im Juli gesagt, ein Tempolimit sei „wahrscheinlich die erste Maßnahme einer neuen Regierung, wenn die Grünen dabei sind“. Nun ist dies bereits in den Verhandlungen ausgeschlossen worden.

Auf die eigene Kraft verlassen

Wir sehen: Wahlversprechen zu brechen ist kein Zufall, sondern hat System. Der Wahlzirkus ist eine Betrugsmaschine, um uns an dieses kapitalistische System zu binden. Und doch kommt bei vielen von uns immer wieder die Hoffnung auf, dass Wahlen dann doch irgendwie etwas ändern würden.

Dabei kamen die größten Veränderungen zum positiven in der Geschichte nicht von „oben“ sondern von unten – durch eine organisierte Arbeiter:innenklasse: seien es die Einführung der Arbeitslosenversicherung oder das Frauenwahlrecht, die Beendigung des ersten Weltkriegs oder massive Lohnerhöhungen durch Streiks. Unsere eigene Kraft – das ist das einzige worauf wir uns wirklich verlassen können.



Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: Nicht eine mehr!

- Von Olga Wolf -

Jedes Jahr sind am 25. November hunderttausende Frauen in verschiedensten Ländern auf der Straße. Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen ist seit 1999 von der UN anerkannt.

Doch den Tag gab es schon lange vorher. Er ist auch keine Erfindung gut situierter Beamt:innen, sondern geht auf den militanten Widerstand und revolutionäre Organisation dreier mutiger Frauen zurück, die dem Faschismus in ihrem Land den Kampf angesagt

haben. Gerade jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um sich an den widerständischen Ursprung des 25. November zu erinnern.

Der 25. November geht zurück auf das Datum, an dem die Mirabal-Schwester Patria, Minerva und Maria Teresa ermordet wurden. Die Geschichte ihres Widerstands in der Dominikanischen Republik beginnt, als der faschistische Diktator Rafael Trujillo sich 1930 mithilfe der US-amerikanischen Truppen an die Macht

putschte.

Trujillo war ein Faschist, Rassist und Frauenhasser, an dem sich viele Diktatoren in Südamerika später ein Beispiel nahmen. Er zwang Frauen und auch junge Mädchen zu sexuellen Kontakten. Er hatte das Sagen über alle bedeutenden Wirtschaftszweige des Landes und beutete die Arbeiter:innen der Republik hemmungslos aus. Während er von einer weißen dominikanischen Republik schwärmte und Schwarze Arbeiter:innen

